



Der KOBV Österreich – Der Behindertenverband übt scharfe Kritik an den Plänen des Landes Oberösterreich, neue Sonderschulen zu errichten, anstatt den Ausbau inklusiver Strukturen an Regelschulen voranzutreiben. Dieser Schritt stehe in krassem Widerspruch zu den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention, die Österreich im Jahr 2008 ratifiziert habe, so der Verband in einer Aussendung.

KOBV Österreich kritisiert geplanten Ausbau von Sonderschulen

Utl.: *Präsident Groschan: „Sonderschulen befördern Vorurteile und Ausgrenzung“*

Wien, 12. November 2025 – „Eine fundierte Schul- und Berufsausbildung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Menschen mit Behinderungen am Arbeitsmarkt integriert werden können“, betont KOBV-Präsident Franz Groschan, „Inklusion muss dafür bereits in der Schule beginnen. Der Bau von neuen Sonderschulen schafft aber das genaue Gegenteil.“

Die oberösterreichischen Pläne widersprechen auch der Verpflichtung Österreichs, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. „Wir sind hier ohnehin schon im Verzug“, so Groschan, „die letzte UN-Prüfung im Jahr 2023 hat Österreich in Sachen inklusiver Bildung kein gutes Zeugnis ausgestellt. Es gibt noch immer viel zu viele Sonderschulen, die Umsetzung von inklusiven Ansätzen in Regelschulen schreitet viel zu langsam voran, und die finanziellen Mittel reichen nicht einmal ansatzweise aus.“

Dass die neuen Standorte in Perg und Linz als alternative Angebote für Kinder mit Behinderungen angepriesen werden, stößt beim KOBV ebenfalls auf Kritik: „Natürlich sollen Eltern die Wahl haben, in welche Schule sie ihre Kinder schicken“, betont der KOBV-Präsident, „in der Realität fehlt es aber an inklusiven Regelschulen, weil zu wenig Geld da ist, um sie entsprechend auszustatten. Die Wahlfreiheit existiert de facto also vielfach nur auf dem Papier.“



Der Ausbau von Sonderschulen verwehre Kindern mit Behinderungen die Möglichkeit, mit Gleichaltrigen Zeit zu verbringen und Freundschaften zu schließen. Stattdessen würden erst recht wieder neue Barrieren geschaffen, Vorurteile geschürt und systematische Ausgrenzung gefördert. Dadurch sinken auch die Chancen für Kinder aus Sonderschulen, nach ihrem Abschluss Fuß am Arbeitsmarkt zu fassen.

„Wir wissen, dass nur sechs Prozent der Jugendlichen, die eine Sonderschule absolviert haben, der direkte Einstieg in den Arbeitsmarkt gelingt“, führt Franz Groschan aus. „Auch die Chancen auf eine weiterführende Ausbildung sind sehr gering. Von den Kindern, die ihre Schulpflicht an einer Sonderschule beenden, werden weniger als ein Prozent an einer AHS oder BHS aufgenommen, an den BMS sind es keine drei Prozent“, verweist der KOBV-Präsident auf Untersuchungen des Instituts für Höhere Studien (IHS).

International gebe es genügend positive Beispiele dafür, wie inklusive Bildung aussehen könne. So seien beispielsweise in Island praktisch alle Schulen inklusiv, weil das Land keine Ressourcen in parallele Bildungsangebote für Kinder mit Behinderungen stecke und stattdessen auf Inklusion setze. In Italien wiederum sei bereits in den 1980er Jahren der politische Beschluss gefasst worden, das Sonderschulsystem aufzulösen. „In Österreich gibt es leider gar keine Ansätze in dieser Richtung“, bedauert Präsident Groschan, „das Schulorganisationsgesetz stammt noch aus dem Jahr 1962 und sieht unter anderem Sonderschulen für unterschiedliche Behinderungen vor, also zum Beispiel eine eigene Schule für sehbehinderte Kinder oder eine für körperbehinderte Kinder. Das ist das Gegenteil von Inklusion.“

Der KOBV fordere daher nachdrücklich, dem Bekenntnis zu Inklusion auch Taten folgen zu lassen. Schließlich sei das Recht aller Kinder auf hochwertige Bildung auch in der UN-Behindertenrechtskonvention verankert, die Österreich vor nunmehr 17 Jahren ratifiziert habe.



Im kürzlich verabschiedeten Positionspapier des KOBV Österreich fordert der Behindertenverband:

- eine Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen vom Kindergarten, der Pflichtschule bis zu allen Ebenen der höheren Schulen und der Hochschulen;
- das Recht auf Ausbildung muss für Menschen mit Behinderungen mindestens bis zum 25. Lebensjahr bestehen und durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden;
- die Weiterentwicklung von barrierefreien Bildungsangeboten und Verbesserung der Unterrichtsqualität;
- die persönliche Assistenz im Schul- und Hochschulbereich unabhängig von der Art der Behinderung
- Sensibilisierungsmaßnahmen für Eltern von nicht behinderten Kindern und Jugendlichen.

„Wir fordern die Politik auf, ihrer Verpflichtung nachzukommen und ein inklusives Bildungssystem zu schaffen, das den Namen auch verdient. Erst dann haben alle Kinder dieselben Chancen“, betont Franz Groschan abschließend.

Über den KOBV:

Der KOBV – Behindertenverband Österreich setzt sich seit 1945 für die Rechte und die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderungen ein. Unser Ziel ist eine barrierefreie, inklusive und sozial gerechte Gesellschaft für alle.